Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

	Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0507/06/1 öffentlich	DS0507/06	30.03.2007

Absender Fraktion Die Linkspartei.PDS	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 12.04.2007
Kurztitel "Aufbruch in die Gotik. Eine Ausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg aus Anlass des 800. Domjubiläums" im Jahre 2009	

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wir in **Punkt 2 ergänzt**:

Der benannte eigenanteilige Zuschuss aus dem VWH ist der maximal zu leistende. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch Einwerbung von Mitteln über das bisher übliche Maß hinaus zur Minimierung des städtischen Anteil beizutragen.

und um **Punkt 4 erweitert**:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat die Notwendigkeit der in der Drucksache angekündigten Neueinstellung von Personal bis Mai 2007 nachzuweisen. Die Personalentscheidung erfolgt im Verwaltungsausschuss.

und um **Punkt 5 erweitert**:

Der Stadtrat beauftragt das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg, nach Abschluss der Ausstellung die Prüfung des ordnungsmäßigen Umgangs mit den städtischen und den Drittmitteln vorzunehmen.

Begründung:

Nach Kenntnisnahme der kommunalaufsichtlichen Entscheidung zum Haushalt 2007 ist eigentlich kein Raum, die Vorbereitung einer solchen Ausstellung ins Auge zu fassen. Es wird der Magdeburger Bevölkerung nicht zu erklären sein, wieso für eine Ausstellung und deren Vorbereitung soviel Geld ausgegeben werden kann, wenn andererseits Vereinen, Verbänden, Selbsthilfe- und Kontaktgruppen, der Seniorenvertretung, dem Ausländerbeirat, ... die

wenigen finanziellen Mittel, die in Gesamtheit dem städtischen Anteil für die Ausstellung nahe kommen, gestrichen oder gekürzt werden.
Weil wir uns aber mit dieser finanziellen Situation nicht abfinden wollen und keinen Einbruch bei der Image-Pflege unserer Stadt wollen, erwarten wir vom Oberbürgermeister größere Anstrengungen als bisher für die Einwerbung von Mitteln Dritter. Es könnten bspw. die Anteilspartner unserer SWM oder in Magdeburg ansässige Firmen sein, deren Produkte weltweit gefragt sind, die mit einem Teil ihres Gewinnes die Vorbereitung der Ausstellung unterstützen. Auch Domgemeinde und Bevölkerung sollen einen Anteil tragen.
Die Einwerbung von Drittmitteln soll nicht auf das Jahr 2009 beschränkt bleiben. Die Verwahrung zweckgebundener Mittel auf dem städtischen Spendenkonto in den Jahren 2007 und 2008 ist zu prüfen.

Die Aufstockung von Personal ist sehr begründet nachzuweisen. Einstellungsstop und Ablehnungen von Umwandlungen von Teilzeit- in Vollzeitstellen in der Stadtverwaltung erfordern geradezu eine solche sehr begründete Abweichung von der z. Z. üblichen Verfahrensweise. Da ist auch angeraten, im Verwaltungsausschuss die Personalentscheidung zu treffen.

Der Stadtrat sollte sein Recht zur Beauftragung einer Einzelprüfung bereits mit der Entscheidung zu einem besonderen Ereignis verbinden.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender